

## **Expertengruppe 1**

**Aus dem Archiv der „Passauer Neuen Presse“ zur Situation an der bayerisch –  
böhmischen Grenze, Artikel zum Zeitraum 1945 – 1948**

### **Die Zeit 1945 - 1948 in der Tschechoslowakischen Geschichte**

Der Tschechoslowakische Staat wurde 1945 wiedergegründet. Er lag nach dem Zweiten Weltkrieg in der Einflussosphäre der Sowjetunion.

Unter Staatspräsident Benesch erfolgte die Vertreibung der Sudetendeutschen aus dem Land. Lediglich die Angehörigen bestimmter Berufsgruppen, die man dringend benötigte, durften bzw. mussten bleiben.

Nach den Wahlen 1946 erreicht keine Partei die absolute Mehrheit, so dass es zu einer Regierung aus mehreren Parteien unterschiedlicher politischer Richtungen kam. In dieser Regierung war die Kommunistische Partei durch ein relativ gutes Wahlergebnis und durch die Unterstützung der Sowjets so stark, dass sie die Schlüsselministerien besetzen konnte.

Im Februar 1948 wurden die nichtkommunistischen Minister nach mehreren Streitigkeiten unter Druck gesetzt und traten zurück. Mit der widerwilligen Zustimmung des Staatspräsidenten Benesch wurde eine neue Regierung gebildet, die vollständig von den Kommunisten unter Gottwald dominiert wurde. In der Folgezeit wurden sehr rasch durch Repressalien und auch mit Gewalt die Weichen für eine kommunistische Diktatur gestellt.

## Expertengruppe 1

### Arbeitsaufträge

Erstellt auf der Grundlage des vorliegenden Archivbestands ein Kurzreferat!  
Verwendet folgende Arbeitsaufträge als Leitlinien und Gliederungshilfe!

#### 1. Grundlagen

- a) Informiert euch anhand des beiliegenden Materials über die Bedeutung des Jahres 1948 in der Tschechoslowakischen Geschichte!
- b) Recherchiert (Bibliothek, Internet) die politische Lage in Westdeutschland und in ganz Europa in der Zeit um 1948!
- c) Klärt die grundlegenden Begriffe **Vertreibung, Ost-West-Konflikt, Blockbildung, Bundesrepublik Deutschland und Grundgesetz!**

#### 2. Arbeitet mit den Artikeln aus dem Archiv der Passauer Neuen Presse

- a) Welche Themen und Ereignisse stehen im Mittelpunkt der Berichterstattung?
- b) Was geschah im Februar und im März 1948 in der Tschechoslowakei?
- c) Welche Meinung zu diesen Ereignissen vermittelt die PNP ihren Lesern?
- d) Welche Aspekte der Berichterstattung waren wohl für die Leser der PNP in der Grenzregion besonders interessant?

#### 3. Quellenkritik

- a) Seid ihr mit dem Bild, das der Archivbestand über die damalige Zeit vermittelt, zufrieden?
- b) Vermisst ihr zusätzliche Aspekte oder Informationen zum hier zu untersuchenden Zeitraum?
- c) Wie wichtig erscheinen euch die Artikel, um Erkenntnisse über die Geschichte der damaligen Zeit zu erhalten?

4. Spezialauftrag zum Artikel „Gottwald: „Rechtsparteien sind besiegt““ vom 27.02.1948:

Klärt, welche Bedeutung dieser Zeitungsartikel als historische Quelle hat!

Bezieht dabei folgende Überlegungen mit ein:

- Welche Inhalte werden in dem Artikel angesprochen?
- Welche Informationen erhält man über historische Vorgänge?
- Wie glaubwürdig sind diese Informationen? Sollten sie mit Hilfe anderer Informationsquellen überprüft werden?
- Auf welchen Bereich beziehen sich die vorhandenen Informationen, wie wichtig sind sie um die historische Situation 1948 an der bayerisch-tschechoslowakischen Grenze zu verstehen?

## Expertengruppe 1

### Glossar zu den zu bearbeitenden Zeitungsartikeln

**Benesch, Eduard** (25.5.1884 – 3.9.1948):

1918 -35 Außenminister der CSR, 1921/22 gleichzeitig Regierungschef; 1935 -38 Staatspräsident; während der NS-Zeit Exil; 1945 – 48 erneut Staatspräsident, dabei kompromisslose Vertreibung der Sudetendeutschen; ermöglichte am 25.2.1948 durch die Annahme der Rücktrittsangebote der nichtkommunistischen Minister die Machtübernahme der Kommunisten; verweigerte im Mai 1948 die Unterschrift unter die neue (kommunistisch geprägte) Verfassung und trat daraufhin am 2.6.1948 als Präsident zurück

**Gottwald, Klement** (23.11.1896 – 14.3.1953):

Seit 1929 Generalsekretär der Kommunistischen Partei; 1946-1948 Ministerpräsident, leitete 1948 die kommunistische Machtübernahme; ab 1948 bis zu seinem Tod Staatspräsident und mächtigster Mann der Tschechoslowakei

**Grenzgänger:**

In diesem Zusammenhang Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei, die über die „grüne Grenze“ kamen

**Säuberungen:**

Ausgrenzung und Verfolgung von Gegnern des herrschenden Systems aus Parteien, Organisationen und wichtigen gesellschaftlichen Einrichtungen

**Volksblock:**

Vereinigung der linken Parteien in den Ländern des damaligen Ostblocks, meist zwangsweise auf Druck der Kommunisten und immer unter der strengen Führung der Kommunisten;

Er diente dazu, den Kommunisten, trotz fehlender Mehrheiten bei Wahlen, die Macht zu sichern und diese, wenigstens scheinbar, zu legitimieren.

## Expertengruppe 1

### Archivbestand für das Jahr 1948

Nr.	Datum	Titel des Artikels
1	27.02.1948	Volksblock-Kabinett in der CSR
2	27.02.1948	Gottwald: „Rechtsparteien sind besiegt“
3	27.02.1948	Sieg der Kommunisten in Prag
4	02.03.1948	Die Macht der Polizei hinter dem „Eisernen Vorhang“
5	02.03.1948	Getarnte Diktatur in der Tschechoslowakei
6	09.03.1948	Die Flucht über die Grenze
7	09.03.1948	Tschechen gehen in die Emigration
8	23.03.1948	Die Flucht über die Grüne Grenze nach Bayern
9	23.03.1948	Beneschs Enkel geflüchtet
10	31.03.1948	Die Flucht nach Bayern

# Volksblock-Kabinett in der CSR

Neues Kabinett Gottwald / Schlüsselposten in Händen von Kommunisten / „Säuberung“ beginnt

Prag (Dena). Staatspräsident Benesch hat am Mittwochnachmittag den Rücktritt der Minister der drei nichtkommunistischen Parteien angenommen und die Kabinettsneubildung in der von Klement Gottwald vorgeschlagenen Zusammensetzung gebilligt.

Das neue tschechoslowakische Kabinett setzt sich wie folgt zusammen. Ministerpräsident: Klement Gottwald (Kommunist). Stellvertretende Ministerpräsidenten: Bohumil Leusman, Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei, Antonin Zapotocky, Kommunist und Vorsitzender des tschechischen Gewerkschaftskongresses, Viliam Siroki, Vorsitzender der slowakischen kommunistischen Partei. Außenminister: Jan Masaryk (parteilos); Staatssekretär im Außenministerium: Wladimir Clementis (Kommunist). Innenminister: Vaclav Nosek (Kommunist). Verteidigung: General

Ludvik Swoboda (parteilos); Staatssekretär im Verteidigungsministerium: Dr. Jan Sevcik (slowakischer Demokrat). Information: Dr. Vaclav Kopecky (Kommunist). Industrie: Zdenek Fierlinger (Sozialdemokrat). Außenhandel: Dr. Antonin Gregor (Kommunist). Innenhandel: Frantisek Krajcir (Kommunist). Finanz: Dr. Jaromir Dolansky (Kommunist). Justiz: Dr. Alexay Cepicka (Kommunist). Erziehung: Dr. Zdenek Nejedly (Kommunist). Versorgung: Ludmila Jankovja (Sozialdemokrat). Koordination: Dr. Walter Srobar (slowakische Freiheitspartei). Gesundheitswesen: Dr. Joseph Plojhar (Katholische Volkspartei). Post: Dr. Alois Neumann (Volkssozialist). Technische Planung: Professor Dr. Amil Slechts (Volkssozialist). Verkehr: Alois Petr (Katholische Volkspartei). Soziale Fragen: Evzen Erban (Sozialdemokrat). Landwirtschaft: Julius Duris (Kommunist).

komitee fordert eine Säuberung der Hochschulen von „Kollaborateuren“ und solchen Studenten und Lehrern, die gegen die Volksdemokratie opponieren. Dem Rektor und einem Dekan der Prager Karlsuniversität wurde von diesem Aktionskomitee das Betreten des Universitätsgebäudes untersagt. Andere Studenten der Karlsuniversität, die in zwei Monaten das 600jährige Bestehen ihrer demokratischen Satzungen feiern, vereinten sich am Nachmittag zu einer letzten Geste des Widerstandes. Etwa 1800 marschierten vor dem Palais des Präsidenten auf und sangen dort die Nationalhymne. Sie wurden daraufhin von der Polizei mit Schusswaffen, Gummiknüppeln und Gewehrkolben auseinandergetrieben. Zwei Studenten fanden dabei den Tod, während andere ernstlich verletzt wurden. In den Straßen Prags marschiert eine neugebildete Arbeiter- und Gewerkschaftsmiliz. Wie Radio Prag meldet, soll diese Miliz zur Sicherung des souveränen Willens des tschechoslowakischen Volkes und zur Verhinderung aller Umsturzversuche mit der Polizei gemeinsam Dienst tun. Die Mitglieder der Miliz sind mit neuen Waffen ausgerüstet und tragen rote Armbinden. Die meisten von ihnen sollen alte Widerstandskämpfer sein. Die größeren Industriebetriebe sind im Laufe des Tages von der Miliz besetzt worden. Etwa 50 000 Personen sollen angesichts der neuen politischen Entwicklung die Tschechoslowakei verlassen haben. Einige dieser politischen Flüchtlinge, die in Wien eintrafen, erklärten, die von Gottwald eingesetzten Aktionskomitees übten einen offenen Terror auf die Bevölkerung aus. Die Lage erinnere an die schlimmsten Tage der Nazivasion vor zehn Jahren. Etwa 800 Mitglieder nichtkommunistischer Parteien sind im Laufe des Tages verhaftet worden. Der kommunistische Erziehungsminister, Dr. Zdenek Nejedly, erklärte am Vormittag vor der Bildung des neuen Kabinetts in seiner früheren Funktion als Minister für Sozialfürsorge, Gegner des „neuen Regimes“ in Fabriken und Betrieben seien unerwünscht, da ihr Einfluß die Produktion störe. Nejedly erteilte den Arbeitgebern die Erlaubnis opponierende Arbeiter und Angestellte zu entlassen und deren Berufsrecht gegen die Entlassung zu suspendieren.

## Gottwald: „Rechtsparteien sind besiegt“

Prag (Dena). Die Kommunisten haben in ihrem Kampf um die politische Beherrschung der Tschechoslowakei am Mittwoch einen entscheidenden Sieg davongetragen, als Präsident Benesch nach dem Muster der Balkanstaaten ein neues Volksblockkabinett aus allen Parteien bildete. Zwölf Kommunisten besetzten in dem neuen Kabinett, außer Premierminister Gottwald, Schlüsselposten, vier weitere wichtige Portefeuilles wurden den Sozialdemokraten übertragen, die sich am Mittwochmorgen zu einer Linksschwenkung und zum Zusammengehen mit den Kommunisten entschlossen hatten. Die verbleibenden acht Ministerpostenpositionen von geringer Bedeutung wurden von Vertretern anderer kleinerer Parteien ausgefüllt. Die Kommunisten haben somit ihr Ziel ohne Blutvergießen erreicht.

Premierminister Gottwald verkündete am Nachmittage vor einer gewaltigen Massendemonstration auf dem Wenzelsplatz die Zusammensetzung des neuen Kabinetts. In einer anschließenden Rede betonte er, er habe die Führer der Rechtsparteien besiegt. Wir danken Präsident Benesch, so sagte Gottwald, daß er den Willen und den Wunsch des Volkes auch in Dingen berücksichtigt hat, die er selbst nur ungern billigte. Die Reaktion, die einen entscheidenden Schlag gegen die volksdemokratische Front plante, ist zerschmettert und geschlagen. Die feste Entschlossenheit unseres Volkes war hierbei von entscheidender Bedeutung. Und nun Genossen, da der Wille des Volkes gesiegt hat, müssen wir mit großer Energie herangehen, alle Hindernisse zu beseitigen, die der Errichtung einer Volksrepublik im Wege stehen, die ein glückliches Leben für unser Volk sichert. Gottwald wies ausdrücklich darauf hin, daß Außenminister Masaryk praktisch nur noch dem Namen nach Außenminister sei und bei weitem nicht mehr über seine früheren Vollmachten verfüge. Ein zentrales Aktionskomitee der nationalen Front

ist, wie Cateka berichtet, am Mittwochabend in einer feierlichen Sitzung als neue zentrale politische Koordinierungskörperschaft aller progressiven Tschechen gebildet worden. Zum Vorsitzenden wurde der kommunistische stellvertretende Premierminister Antonin Zapotocky gewählt. Dieser neuen Institution gehört die Mehrzahl aller Kabinettsmitglieder an.

Ein Sprecher der amerikanischen Botschaft in Prag erklärte im Laufe des Nachmittags in einem Telefongespräch mit dem Pariser INS-Büro, die Demokratie habe in der Tschechoslowakei am Mittwoch einen schweren Schlag erlitten. Der Sprecher bezweifelte, daß Präsident Benesch das Land verlassen werde. Er werde wahrscheinlich bleiben, um dem Volk ein Beispiel zu geben. Nach Ansicht des Sprechers beabsichtigt eine relativ geringe Zahl von Personen, das Land zu verlassen. Die meisten Tschechen verließen sich auf eine Gabe, für die das tschechische Volk bekannt sei, nämlich die Fähigkeit, zu Kompromissen zu gelangen. Dadurch werde es möglich sein, Exzesse der Kommunisten zu vermeiden, wie sie in anderen osteuropäischen Staaten vorgekommen seien. Tschechoslowakische Journalisten bildeten am Mittwoch ein Aktionskomitee als oberstes Organ der Journalistenorganisation. Die Prager Presse war am Mittwochvormittag durch Aktionskomitees bereits unter kommunistische Kontrolle gebracht worden. Redakteure und Chefredakteure nichtkommunistischer Zeitungen wurden von diesen Komitees ihrer Stellungen enthoben und in einigen Fällen auch verhaftet. Mehrere katholische Blätter wurden verboten und das Organ der Volkssozialisten ist am Mittwoch nicht erschienen. Die Papiermühlen haben beschlossen, nur noch fortschrittliche Zeitungen und die Gewerkschaftspresse zu beliefern. Die Zeitungen der Parteien, deren Minister ihren Rücktritt einreichten, sollten kein Papier mehr erhalten. Studenten und Professoren der Prager Universität und der Hochschulen bildeten gleichfalls ein Aktionskomitee und fordern in einer Proklamation eine Reform des Hochschulwesens, um die Studierenden dem praktischen Leben und der Produktion näherzubringen. Das Aktions-

# Sieg der Kommunisten in Prag

Von Dr. Hans Kapfinger

Um die Prager Vorgänge zu verstehen, die an sich nicht unerwartet kamen, muß man berücksichtigen, daß die Regierungskrise kurz vor den bald fälligen Parlamentswahlen zum Ausbruch kam. Die gegenwärtige Verfassungsgebende Nationalversammlung wurde am 26. Mai 1946 auf die Dauer von zwei Jahren gewählt, so daß vor Ende Mai das neue Parlament, diesmal auf vier Jahre, gewählt sein müßte. Das gegenwärtige Parlament weist unter 300 Abgeordneten 114 Kommunisten auf. Zusammen mit den Sozialdemokraten und den slowakischen Arbeiterparteien verfügt der marxistische Linksblock mit 153 Sitzen über eine schwache absolute Mehrheit. Solange Dr. Fierlinger Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei war, erschien die Zusammenarbeit mit den Kommunisten gesichert. Im November vorigen Jahres ergab der Parteikongreß der Sozialdemokraten in Brünn jedoch eine weitgehende Abneigung der Mehrheit der Mitglieder gegen den kommunistenfreundlichen Kurs Fierlingers. Die Wahl Lauschmanns, der für eine selbständige Linie der Sozialdemokratie eintritt, bestätigte nur den Zerfall des Linksblocks, der unter Führung der Kommunisten gestanden hatte. Damit waren die Kommunisten im wesentlichen auf ihren eigenen Anteil von 38 Prozent von Wählerstimmen zurückgeworfen. Ihr erklärtes Ziel war, koste es was es wolle, die Führung durch eine parlamentarische Mehrheit zu erobern. Mit dieser Möglichkeit schien die gründliche Durchsetzung des Sicherheitsapparates mit Kommunisten in Zusammenhang zu stehen. Diese Aufgabe fiel dem kommunistischen Innenminister Nosek zu. Der geschlossene Protest der nichtkommunistischen Minister führte jedoch zu einem Kabinettsbeschuß, nach dem die Besetzung der wichtigsten Führungsstellen der Polizei mit Kommunisten rückgängig gemacht werden sollte. Nosek führte diesen Beschuß nicht durch, und als er sich daraufhin vor dem Kabinett verantworten sollte, wurde er krank. Die Krise ist nun durch den Rücktritt fast aller nichtkommunistischen Minister zum offenen Ausbruch gekommen.

Die Kommunisten haben nun die Kabinettkrise dazu benützt, um ein neues Kabinett vom Präsidenten Benesch zu erzwingen, das unter dem überragenden Einfluß der Kommunisten steht. Der Sieg der Kommunisten wird in der Tatsache gesehen, daß der nichtkommunistische Teil des neuen Kabinetts entweder aus linksgerichteten Mitgliedern anderer Parteien besteht, die eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten befürworten, oder aus Personen, die keinen Widerstand leisten, gleichgültig welches Programm die Kommunisten auch vorschlagen. Welche Rolle der sozialdemokratische stellvertretende Ministerpräsident Lauschmann spielen wird, dessen Hereinnahme die wichtigste Konzession an die Sozialdemokratie ist, bleibt abzuwarten. Die Kommunisten planen eine neue Verfassung mit einem starken volkdemokratischen Gesetzsystem. Die Weltpresse betrachtet die Entwicklung in der Tschechoslowakei äußerst kritisch. Der „Manchester Guardian“ schreibt z. B., zum zweiten Male innerhalb von zehn Jahren habe die Tschechoslowakei aufgehört, ein freies Land zu sein. Gottwald sei ein ebenso williges Werkzeug der Sowjets, wie Henlein der Nazis gewesen sei. Man rechnet mit einer Verstärkung der kommunistischen Tätigkeit in Griechenland und Italien und wahrscheinlich auch in Frankreich und Deutschland. Ein Labourblatt schreibt, die kommunistische Partei habe die vollständige Macht, und man wisse aus Erfahrung, was es bedeute, wenn die Kommunisten in einer Demokratie an die Macht gelangen. Die Entwicklung eines totalitären Regimes, die Liquidierung der Opposition und die Beseitigung der Freiheit folgten in einer fast vorgeschriebenen Form. Eine französische Zeitung schreibt, der eiserne Vorhang sei nicht nur ein Stück weiter gefallen, sondern über einem ganzen Zeitabschnitt der modernen Ge-

schichte herniedergegangen. Staatspräsident Benesch werde erneut den Weg ins Exil gehen müssen. Benesch habe vorübergehend den Schein eines parlamentarischen Regimes gewahrt, die Operation werde jedoch in Kürze vervollständigt werden, da Premierminister Gottwald alle notwendigen Mittel in der Hand habe.

Die Kommunisten jubeln in Prag. Die tschechoslowakische Flagge weht von allen staatlichen und öffentlichen Gebäuden und in der ganzen Stadt fanden Festlichkeiten und Demonstrationen statt, um die Solidarität der Arbeiter mit dem neuen Regime in Aufruhr zu bringen. Eine Demonstration der Volkssozialisten wurde auf dem Wenzelsplatz zerstreut. Die Kommunisten blieben Herren des Platzes und fuhren in ihren Kundgebungen fort. Am Dienstag gegen 1/8 Uhr abends stieg die erste rote Fahne mit Hammer und Sichel über der Menge hervor. Beran, der Erzbischof von Prag, übergab am Dienstag der Presse eine Erklärung, in der er die Tschechen beschwört, Ruhe zu bewahren und nicht mit Brudermord zu beginnen. Inzwischen schreitet die Verhaftungswelle fort. Der neue Sozialfürsorgeminister fordert die Entlassung von Gegnern des neuen Regimes aus den Betrieben.

Beamte der bizonalen Behörden eingeleitet

trug bei seiner Festnahme eine Giftam-

tur den Führer gekämpft zu haben.

## Die Macht der Polizei hinter dem „Eisernen Vorhang“

Politische Elite sichert Parteiherrschaft — Stalingradoffiziere in der sowjetischen Zone

Der Kampf um die Macht im Staat, der in der Tschechoslowakei mit besonderer Erbitterung durch das Ringen um den Innenminister und die Beherrschung der Polizei ausgetragen wurde, hat in Osteuropa unter dem Druck der Roten Armee bei allen Ländern hinter dem „Eisernen Vorhang“ dieselbe Form angenommen. Wie die Reporter der „New York Herald Tribune“ in ihrer bekannten Broschüre berichten, haben die Russen aus der Epoche der Besatzungszeit her in allen Ländern ihrer Machtsphäre die Innenministerien mit besonders energischen und in Rußland geschulten Kommunisten besetzt. So war es in Rumänien Techari Georgescu, der auf das persönliche Drängen des russischen stellvertretenden Außenministers Wyschinski das Polizeiresort erhielt. In Bulgarien wurde das Innenministerium dem Mazedonier Anton Yorgow übertragen, der ebenfalls im Generalstab der Roten Armee für seine Rolle sorgfälliger ausgebildet worden war. Neben dem Polizeiminister wurden in Rumänien und Bulgarien auch die Kriegsministerposten von besonders robusten Kommunisten besetzt, so in Bukarest durch den bei Stalin grad gefangen genommenen General Mihail Lascar und in Sofia durch den ehemaligen Stabsoffizier General Damyanow.

In Polen wurde die Polizei des „Ministeriums für Innere Sicherheit“ der Kontrolle der russischen Armee unterstellt. Sie wird systematisch zur Unterdrückung aller nichtkommunistischen Elemente eingesetzt. Von den 230 000 Mann der Sicherheitspolizei sind etwa 100 000 Mann als sogenannte „K.B.W.“, d. h. als geschlossene Einheiten, auf etwa 50 Garnisonen verteilt. Etwa 90 000 Mann fungieren als Verwaltungspolizei in Hunderten von Dienststellen in Zivil oder in Uniform. Die politische Elite bildet die „Geheimpolizei“, als Nachrichtenquelle und Verbindungsstelle zur kommunistischen „Regierungspartei“.

Auch in der Tschechoslowakei arbeitet das Innenministerium eng mit den Militär- und Zivilgerichten und mit den Offizieren der russischen Militärmission in Prag zusammen und sorgt dafür, daß jede politische Widerstandszelle sofort aufgehoben, vor Gericht gestellt und unschädlich gemacht wird. Unter der damaligen Leitung der Roten Armee wurde die tschechische Polizei mit ihrer „Geheimpolizei“ totalitär ausgerichtet und von der Verwaltungsspitze über die mittleren Instanzen der Polizei bis zum letzten Gendarmerieposten durchorganisiert. Die Gewerkschaften aber wurden mit ihren Funktionären als freiwillige „Hilfspolizei“ erfaßt und stehen

für innere Unruhen zur Auffüllung der Polizei- und Gendarmerieposten am flachen Land und der geschlossenen Truppenpolizeikörper in den größeren Städten bereit. Da diese Bolschewisierungssaktion der Polizei allmählich auf den verschiedenen Widersprüchen der nichtkommunistischen Parteien stieß, wird dieses Bollwerk der kommunistischen Diktatur augenblicklich als wichtigste Kraftquelle im Kampf um den Staat aufs heftigste umkämpft.

Auch die deutsche „Sowjetische Zone“ ist bereits nach dem polnisch-tschechischen Muster „polizeitechnisch“ organisiert. Als Besonderheit der Ostzone ist nur zu bemerken, daß hier die „Stalingradoffiziere“ der Armee Paulus den Russen als Innenminister, Polizeipräsidenten und Bürgermeister besonders wichtige Dienste leisten. Die „Hilfspolizei“ zur Unterstützung der hauptberuflichen Sicherheitspolizei und Gendarmerie stellen hier die SED und der FdGB, deren Funktionäre im Fall des polizeilichen „Einsatzes“ durch besondere Armbinden gekennzeichnet sind. Lediglich wenn sich die breiten Massen der tschechoslowakischen Republik zu geschlossenem Widerstand gegen das augenblickliche Polizeiregime aufrufen, kann die Umwandlung der CSR in eine „Volksdemokratie“ noch verhindert werden.

# Gefahrte Diktatur in der Tschechoslowakei

Erklärung der Westmächte — Gottwald kündigt Bodenreform an — Es wird weiter „gesäubert“

Washington (Dena). Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich verurteilen in einer gemeinsamen Erklärung die Vorgänge in der Tschechoslowakei, „welche das Fortbestehen der Grundsätze der Freiheit, zu der alle demokratischen Staaten sich bekennen, gefährden“. „Mittels einer absichtlich und künstlich herbeigeführten Krise und gewissen bereits anderwärts erprobten Methoden“, heißt es in der Dreimächteerklärung, „war es möglich, die freie Benutzung der parlamentarischen Einrichtungen auszuhalten und die gefahrte Diktatur einer einzelnen Partei unter dem Deckmantel einer Regierung der nationalen Union zu errichten.“

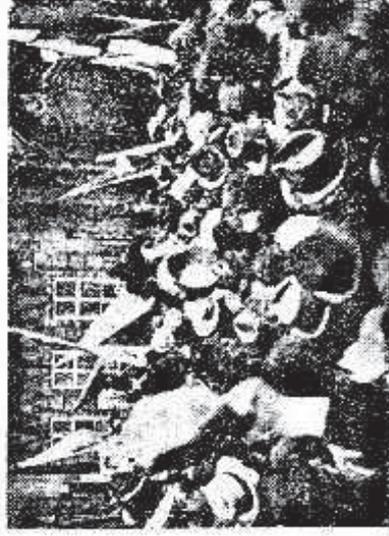
Prag (Dena). Der tschechoslowakische Ministerpräsident Klement Gottwald antwortete anlässlich der feierlichen Amtseinführung seiner neuen Regierung Wort auf die britisch-amerikanisch-französische Erklärung. Gottwald dankte dem 63jährigen Präsidenten für seinen „wertvollen Beitrag zum Siege der Sache des Volkes und der Demokratie“ und erklärte, das zukünftige politische Geschehen in der Tschechoslowakei werde streng demokratisch und verfassungsgemäß verlaufen. Präsident Benesch erwiderte, es sei für ihn schwer gewesen, sich zu entscheiden. Er habe die Krise lange und ernsthaft geprüft und sei zu dem Schluß gekommen, daß die Tschechoslowakei in einen Zustand der Anarchie geraten könne, wenn die Krise nicht schnell bereinigt werde. Er habe es aus diesem Grunde für notwendig gehalten, sich den Forderungen Gottwalds anzuschließen.

Am Sonntag fanden in der gesamten Tschechoslowakei Kundgebungen der Bauern und Landwirte statt. Fast alle Mitglieder der neuen Regierung sprachen zu den Mengen. Auf dem Wenzelsplatz in Prag sprach Ministerpräsident Klement Gottwald vor einer Massenversammlung von etwa 100 000 Bauern die Aufteilung aller Grundbesitze von mehr als 50 Hektar. Das Land werde damit Eigentum derer, die es bearbeiten. Gottwald warnte ferner vor Gerüchtenachern, die behaupteten, die Regierung wolle Kollektivfarmen errichten. Jedesmal wenn die neue Regierung erwähnt wurde, brach die Menge in

Hochrufe für Ministerpräsident Gottwald und Präsident Benesch aus. Während des ganzen Tages marschierten Gruppen von Bauern, die zu der Versammlung nach Prag gekommen waren, unter den Klängen von Musikkapellen durch die Stadt.

Gottwald hat einer Meldung des Prager Rundfunks vom Sonntag zufolge der Zusammensetzung der neuen slowakischen Provinzialregierung seine Zustimmung erteilt. Die neue slowakische Regierung setzt sich aus 8 Kommunisten, 2 Demokraten, einem Sozialdemokraten und einem Vertreter der „Freiheitspartei“ zusammen. Ministerpräsident ist der Kommunist Dr. Gustav Husak.

Prag (Dena). Die Säuberungsaktion der neuen Regierung gegen oppositionelle Elemente nahm mit Massenverhaftungen, Entlassungen und Beschlagnahme von Eigen-um und Vermögen ihren Fortgang. So wurde der Grundbesitz des römisch-katholischen Erzbischofs von Prag beschlagnahmt. Staatspräsident Benesch verließ nach der Amtseinführung der neuen Regierung mit seiner Gemahlin die Hauptstadt und begab sich nach einem Landsitz in Südböhmen. Erziehungsminister Nejedly gab bekannt, daß in allen tschechoslowakischen Schulräumen Steinbilder aufzuhängen seien. Das zentrale Aktionskomitee in Prag beschloß, die Kontrolle über die „Säuberung“ der politischen Parteien in allen Teilen des Landes zu übernehmen und ordnete die Auflösung der Jugendorganisationen der Parteien an. Sämtliche Jugendorganisationen einschließlich der Pfadfinder- und Studentenverbände werden in die Union der tschechischen Jugend ein-



Dena-Bild zeigt: Angehörige der tschechischen kommunistischen Partei mit Bildern des Ministerpräsidenten Klement Gottwald und des Staatspräsidenten Dr. Eduard Benesch während einer Massenkundgebung in den Prager Straßen.

sgliedert. Der nationale Gymnastik- und Sportverband, Sokol, wird als einzige zugelassene Sportorganisation bestehen bleiben. Dr. Englis, Rektor der Karlsuniversität in Prag und namhafter Wirtschaftsfachmann, sowie 21 Professoren dieser Universität wurden ihres Amtes enthoben. Die Direktoren zweier Prager Theater wurden durch staatliche Treuhänder ersetzt. Alle Studenten in der Tschechoslowakei wurden davon unterrichtet, daß sie nur dann zu einem Examen zugelassen werden, wenn sie der neuen Regierung den Treueid leisten. Justizminister a. D. Dr. Prokop Drtina wurde mit schweren Kopfwunden sterbend unter dem Fenster seiner Wohnung in einem Vorort Prags aufgefunden. Drtina soll geäußert haben, daß er Selbstmord verüben wollte. Er war der politische Sekretär Präsident Beneschs im Exil in London. Die Einfuhr ausländischer Zeitungen und Zeitschriften unterliegt in Zukunft einem Regierungsmonopol und wird der regierungseigenen Vertriebsgesellschaft „Orbis“ übertragen. Von dieser Regelung ausgenommen sind Blätter, die in alliierten Staaten erscheinen (gemeint sind die osteuropäischen Staatenschriften). Mehrere Zeitungen wurden mit der Begründung verboten, sie hätten böswillige Verleumdungen über die neue Regierung veröffentlicht. Der Chefredakteur der tschechoslowakischen Nachrichtenagentur Ceteka, Karel Kraus, und der sozialdemokratische Pressechef Kudelka gehören zu den 66 Mitgliedern des Informationsministeriums, die ihrer Ämter enthoben wurden.

## Es war wie zur Nazizeit

Frankfurt (Dena)INS). Fünf Amerikanerinnen — Zivilangestellte in Frankfurter Dienststellen — während der kommunistischen Machtübernahme in Prag waren, erklärten, es sei, wie eine „Nazi-Wiederaufstehung“ gewesen. Die Amerikanerinnen berichteten, sie seien gleich bei ihrer Ankunft in Prag auf Schwierigkeiten gestoßen. „Wir konnten kein Hotelzimmer finden, denn alle Hotels waren mit Kommunisten überfüllt, die die Partei für die Massendemonstrationen vom Land nach der Stadt gebracht hatte. Schließlich fanden wir im Atlantik-Hotel ein Unterkommen, wurden aber mit kühler Zurückhaltung und Feindseligkeiten behandelt. Die Leute weigerten sich, englisch zu sprechen. Sobald wir politische Fragen anschnitten, brachen sie die Unterhaltung ab. Wir haben nur einen Geschäftsinhaber getroffen, der es wagte, seine Meinung gegen das neue Regime auszusprechen. Alle anderen waren vor lauter Angst taubstumm.“ Die anderen Amerikanerinnen erklärten, das Vorgehen der Kommunisten habe sie lebhaft an Hitlers Nazi-Methoden erinnert. Die Menge schrie und sang im Chor und schwenkte Hunderte von Sowjetlaggen, während sie vor den Balkons auf die Ansprachen der Kommunistenführer warteten, — es war wie zur Nazizeit.

# Die Flucht über die Grenze

Was tschechische Journalisten erzählen

Prag (dpd). In den letzten Tagen haben tausende von Tschechen versucht, über die Grenze nach Bayern zu entkommen. Sie befürchten, nach der Machtergreifung durch die Kommunisten, Verfolgungen wegen ihrer bisherigen antikommunistischen Einstellung. Zur Unterbindung des illegalen Grenzübertritts sind von der Prager Regierung die Grenzwachposten durch Arbeitermilizen verstärkt worden, die noch aus der Zeit der Widerstandsbewegung her alle öffentlichen und geheimen Grenzübergänge genau kennen. — Wie Dena weiter meldet, überschritt bis Samstagvormittag die Zahl der Flüchtlinge aus der CSR, die nach Bayern gekommen sind, noch nicht die Zahl tausend. Die bayerische Landesgrenzpolizei wurde angewiesen, alle nach Bayern flüchtenden Tschechen sofort an amerikanische Stellen zu übergeben, die sie im Verschleppertlager Deggendorf internieren. Zwei tschechische Journalisten erklärten Dena-Vertretern, Präsident Benesch sei heute eher ein Gefangener als ein Staatspräsident. Nach ihren Aussagen sei er völlig von der Außenwelt abgeschlossen. Die demokratischen Methoden der nichtkommunistischen Parteien hätten auf die Dauer den Gangstermethoden der Kommunisten bei der Prager Regierungskrise unterliegen müssen. Die Kommunisten, die vor der Regierungskrise am lautesten von

Demokratie geredet hätten, seien diejenigen gewesen, die am meisten für eine Hafpolitik gegenüber Deutschland eingetreten seien. Sie würden wohl auch diejenigen sein, die bereit wären, mit einem kommunistischen Deutschland auf freundschaftlichem Fuße zu stehen. Die Journalisten erklärten, daß noch viele ihrer Gesinnungsgenossen den Weg über die tschechoslowakische Grenze finden würden, die übrigens bei weitem nicht so stark bewacht werde wie von der amtlichen tschechoslowakischen Presse behauptet werde.

„Die Demokratie läßt sich Zeit“

Des Moines (Dena-Reuter). Landwirtschaftsminister Clinton Anderson forderte am Samstagabend baldige Maßnahmen bei der Parteien für die Durchführung des Marshallplans, da „die Zeit vergehe“. Die Tschechoslowakei sei, ebenso wie Bulgarien, Jugoslawien und Rumänien, gefallen der eisernen Vorhang schließe sich schnell. „Die Demokratie läßt sich Zeit, aber die Geschichte hat nicht gewartet. Finnland ist bedroht und in Italien flackert die Krise auf. Wie groß auch die Differenzen in innerpolitischer Beziehung seien, so müsse doch klargestellt werden, was man in Europa unternehmen und für wie lange man dort bleiben wolle.“

# Tschechen gehen in die Emigration

Illegale Grenzgänger trotz hermetisch abgeschlossener Grenzen

Eisenstein. Im Flüchtlingslager für vertriebene Ostdeutsche in Schalding sind am vergangenen Dienstag erstmals auch tschechische Flüchtlinge eingetroffen, die ihre nunmehr kommunistische Heimat verlassen haben, um diesseits der Grenze Zuflucht zu finden. Es sind durchwegs junge, bürgerlichen Berufen angehörige Menschen, die größtenteils Funktionen in nichtkommunistischen Organisationen bekleidet hatten. Sie stammen aus Prag, Budweis, Brünn und nur zum kleineren Teil aus grenznahen Gebieten. Die meisten dieser 16 Flüchtlinge — von illegalen Grenzüberschreitungen in anderen Grenzabschnitten hat die PNP bereits in ihrer letzten Nummer berichtet — haben in der Gegend des Dreisessels nachts die Grenze überschritten, wo sie dann von deutschen und amerikanischen Polizeiorganen aufgegriffen wurden. Unter ihnen befindet sich eine einzige Frau sowie ein noch uniformierter Angehöriger der tschechischen Armee. Ganz im Gegensatz zu dem gewohnten Bild eines „Flüchtlings“ sind sie alle sehr gut gekleidet und machen viel eher den Eindruck von Touristen, die fast alle der deutschen Sprache mächtig sind. Einer der Tschechen ist mit seinem Auto bis an die Grenze gefahren, um es dort stehenzulassen und zu Fuß nach Westen weiterzumarschieren. Ihren Berichten zufolge sei in nächster Zeit mit einem bedeutenden Anwachsen des Flüchtlingsstroms zu rechnen, da sehr viele Tschechen es ablehnen, unter einem kommunistischen Regime weiterzuleben. Von den Flüchtlingen tragen sich viele mit dem Gedanken einer Auswanderung nach Übersee. Trotz der stark verschärften Grenzstreifen durch zum Teil berittene politische Polizei und Militär, das inzwischen mit Maschinengewehren ausgerüstet wurde, nehmen die illegalen Grenzübertritte aus der Tschechoslowakei weiter zu. Zwischen Breitenberg und Furth sind etwa 50 Tschechen und 90 Sudetendeutsche nach Bayern geflohen.

Im Gebiet von Eisenstein wurden an einem Tage 18 Grenzgänger gezählt. In Zwiesel häufen sich die illegalen Grenzübergänge. Es wurden dort bereits Maßnahmen getroffen, um eine größere Anzahl von Flüchtlingen sofort provisorisch unterbringen zu können. Auffallend ist, daß die meisten Emigranten Studenten und

junge, wehrfähige Männer sind, die sich durch diese Flucht der Einberufung zum Militärdienst entziehen wollen. Die Flüchtlinge führen im allgemeinen wenig Geld und Gepäck mit sich. Die Grenzübergänge in die russische Zone sind hermetisch abgeschlossen. kl/or

# Die Flucht über die Grüne Grenze nach Bayern

Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei berichten

Wolfstein. Am 16. und 17. März überschritten im Raum Finsterau insgesamt 38 sudetendeutsche Flüchtlinge die bayerische Landesgrenze und wurden nach Registrierung bei der Grenzpolizei vom Wolfsteiner Flüchtlingsamt in das Durchgangslager Furth im Wald eingewiesen. Die Grenzgänger, die sämtlich aus dem ca. zwölf Kilometer von der Grenze entfernt liegenden Ort Filipshütte kamen, waren Land- und Forstarbeiterfamilien, die aus beruflichen Gründen bis heute zurückgehalten worden waren. — Wir nahmen Gelegenheit, um uns nach dem Schicksal dieser Grenzlandbewohner eingehend zu erkundigen.

Filipshütte ist ein kleiner, im Landkreis Schüttenhofen gelegener Ort, in dem noch bis vor kurzem 40 deutsche Familien gewohnt haben. Sie wurden, obwohl sie wiederholt um ihre Aussiedlung angesucht hatten, als Forstarbeiter nicht freigegeben und gingen, ohne besonderen Repressalien ausgesetzt zu sein ihrer altgewohnten Arbeit nach. Am 10. März jedoch erschienen plötzlich Gendarmenleibeamte, die sie aufforderten, sich zur Untersuchung beim Bezirksarzt einzufinden. So hatten sich dann 64 Männer und Frauen von 16—65 Jahre auf den Weg gemacht und waren nach Außergefild zur Untersuchung gegangen. Der Arzt hatte durchblicken lassen, daß sie zur Zwangsarbeit in das Innere des Landes geschickt werden sollten. Die Männer in das Bergwerk, die Frauen in die Landwirtschaft. Die ärztliche Untersuchung sollte die Art ihrer Verwendung festlegen. Vom Forstamt aber war ihnen zur gleichen Zeit gesagt worden, daß das geschlagene Holz bis spätestens zum 28. März weggeräumt sein müsse. Tag für Tag nahmen sie nun ein Bündel ihrer Habe an den Arbeitsplatz im Walde und vergruben es dort im Schnee. Die jungen Burschen unter ihnen erkundeten den Weg zur Grenze. In der Fluchtnacht luden sie dann das Versteckte auf Hörnerschlitten und flohen nach Bayern. Zwei Gruppen sind bisher auf bayerischem Boden angekommen, die dritte ist noch unterwegs.

Wie die Flüchtlinge übereinstimmend äußerten, sollen die Lebensverhältnisse unter der tschechischen Regierung durchaus erträglich gewesen sein. Ihr Besitz sei ihnen zwar sofort nach Kriegsende enteignet und verstaatlicht worden. Rundfunkapparate, Fahrräder und Nähmaschinen seien weggenommen und ihnen

selber sämtliche Staatsbürgerrechte abgesprochen worden. Im übrigen aber habe man sie ungestört arbeiten lassen. Ein Jugendlicher unter 18 Jahren wurde in der Stunde mit acht, ein Normalarbeiter mit zehn Kronen bezahlt. Da sie jedoch fortwährend im sogenannten „Borkenkäferinsatz“ gestanden hätten (der Einbruch des Borkenkäfers mache in einzelnen Gebieten des Böhmerwaldes sofortige Abholungen erforderlich), sei ihnen, wie jedem tschechischen Holzhauer auch, die „UNRRA-Zulage“ gewährt worden, die einen monatlichen Verdienst bis zu 5000 Kronen ermöglichte. „Unds ist's drüben net schlecht 'gangen' bestätigen sie immer wieder. Die Ablieferungspflicht sei für die Landwirtschaft erst im Sommer vorigen Jahres eingeführt worden. Danach habe ein Bauer mit 5 Hektar Land und 7 Kühen im Monat 5—6 kg Butter abgeben müssen. Ein Huhn war für jeden „frei“, von den anderen mußten je 52 Eier im Jahr abgeliefert werden. 250 kg Kartoffeln pro Ar wurden als Eigenbedarf angerechnet, das übrige gehörte ebenfalls der Behörde. Eine regelmäßige Viehablieferung gab es überhaupt nicht. Die Stallungen seien aber immer leerer geworden. Die „Neusiedler“ nämlich, die aus dem Inneren des Landes kamen, durften sich neben einem Hof, der ihnen gerade gefiel, auch das dazugehörige Inventar einschließlich Vieh aussuchen. Ein Bauer, dem auf diese Art von seinen neun Rindern sieben abgenommen worden waren, hatte es nicht ändern können, da ja auch sein Besitz als „konfisziert“ galt. — Der Regierungsumschwung habe sich bei ihnen nur darin gezeigt, daß jeden Abend um neun Uhr ein LKW mit Milizsoldaten des „narodni vybor“ oder mit Polizisten der „straz narodni bezpecnosti“ ins Dorf gekommen sei und dieses bis zum Morgengrauen strengstens bewacht habe. Ihr Forstmeister, der der „Volkspartei“ angehört habe, sei „krankheitshalber in den Ruhestand versetzt“ worden und in Winterberg hätten an den Geschäften Plakate gehangen, die den Gebrauch der deutschen Sprache untersagt hätten. Wenn also die Frauen ihr Brot für 25 oder ihr Kilo Mehl für 8 Kronen kaufen wollten, mußten sie sich jedesmal einen Dolmetscher mitnehmen. Oder aber sie mußten warten bis die Gendarmerie gerade einmal nicht in der Nähe war. Ansonsten jedoch sei das Leben weitergegangen, bis zum 10. März . . .

## **Beneschs Enkel geflüchtet**

**Passau (Fig. Bericht).** Wie erst jetzt aus nichtamtlicher Quelle bekannt wird, ist am 12. März der 32jährige Enkel des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Eduard Benesch, Waldimir Benesch, bei Finsterau über die tschechoslowakische Grenze geflüchtet, wo er von der deutschen Grenzpolizei amerikanischen Stellen übergeben wurde. Beneschs Enkel lebte bis zu seiner Flucht als Apotheker in Prag.

## Die Flucht nach Bayern

Wolfstein. In der Zeit vom 17. bis 21. März überschritten im Raum Finsterau/Mauth insgesamt 98 sudetendeutsche Flüchtlinge die bayerische Landesgrenze. Sie wurden über das hiesige Flüchtlingsamt in das Durchgangslager Furth im Wald eingewiesen, von wo aus sie in weniger dicht belegte Aufnahmegebiete weitergeleitet werden sollen. Die Zahl der bisher von der CIC auf gefangenen tschechoslowakischen Grenzgänger beträgt im Landkreis Wolfstein nach vorläufigen Meldungen 75 Personen. Es handelt sich hierbei meist um Studenten oder Angehörige der tschechoslowakischen Armee.